

Sowohl für die traditionellen Religionsgemeinschaften wie auch für die albanischen Behörden bedeuten die verschiedenen *Sekten* ein immer größer werdendes Problem. „Missionare“ aus Übersee bevölkern gegenwärtig die Hotels der Hauptstadt. Einige von ihnen treten in Form von Hilfskomitees auf. Andere wiederum lassen ihren Bekehrungseifer selbst an hart gesottene Angehörigen des „Devisenbeschaffungsgewerbes“ aus. Sie füllen die Speisesäle mit frommen Gesängen und zeigen triumphierend die Zulassung ihrer „Kirche“ vor. Es gab Meldungen, daß bereits im Mai 1991 etwa 30 evangelische Missionsgesellschaften sich zum Zwecke der Arbeit in Albanien unter der Bezeichnung „Albanian Encouragement Project“ zusammengeschlossen hätten. An einer ihrer Großkundgebungen Anfang Juli 1991 in einem Fußballstadion in Tirana soll auch der damalige albanische Kultusminister *Prec Zogaj* begeistert teilgenommen haben. Seit Oktober hat die Euphorie nachgelassen. Für die Missionsveranstaltungen der Neoprotestanten sind seitdem immer schwieriger von den albanischen Behörden und von der Polizei Genehmigungen zu erhalten. Einige sehen

darin Widerstand gegen die oft aggressiven Missionsmethoden vieler neoprotestantisch-fundamentalistischer Gruppierungen.

Die allgemeine Lage in Albanien ist extrem schwierig. Die Not ist auf allen Gebieten sehr groß. Der neue Staatspräsident Berisha hat versprochen, Albanien in Europa zu integrieren. Dies versicherte er auch in seiner Rede Anfang Mai vor dem Europaparlament und forderte gleichzeitig die Länder des Europarates auf, Arbeitskräften aus seinem Land Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten. Die Arbeitslosigkeit in Albanien sei die höchste in Europa – zwischen 70 und 80 Prozent.

Die NATO hat neulich ihre Bereitschaft signalisiert, die Aufnahme Albaniens in den Kooperationsrat der westlichen Allianz zu prüfen. Ein wirklicher demokratischer Fortschritt in Albanien ist ohne massive wirtschaftliche Hilfe des Auslandes nicht möglich, daher sind auch Investoren mehr als willkommen. Nach einem „politischen“ wollen nun die Menschen in Albanien auch einen „wirtschaftlichen Frühling“ erleben.

Jozsef Bata

Kurzinformationen

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken fordert verbesserte gesellschaftliche Rahmenbedingungen zugunsten von Kindern

Aus Anlaß der diesjährigen „Woche für das Leben“ (sie wurde vom 17. bis 24. Mai abgehalten und am 16. Mai in Dresden mit einem Kinderfest eröffnet) veröffentlichte das Zentralkomitee der deutschen Katholiken eine Erklärung, die das Thema der Woche für das Leben: „Für eine kinderfreundliche Gesellschaft“ aufgreift. Es werde seit Jahrzehnten darüber gesprochen, wie wichtig Kinder seien, aber Konsequenzen seien nur wenig und nur halberzig gezogen worden. Auf diesem Hintergrund skizziert das ZdK eine ganze Reihe von Forderungen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Kinder. Verlangt werden u. a. der *Ausbau und die Fortschreibung des Familienlastenausgleichs*, die Ausweitung der Bezugsdauer für das Erziehungsgeld, bedarfsgerechte und flächendeckende Angebote für unterschiedliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten und die *Gewährung eines Rechtsanspruchs auf Kindergartenplätze*. Es gehe nicht an, daß Frauen, die sich der Kindererziehung gewidmet hätten, dies mit lebenslanger beruflicher Benachteiligung, Karriereknick und Rentendefizit bezahlen müßten. Die Erklärung fordert auch ein verstärktes Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen und die verstärkte Einführung von betriebsbezogenen und familienfreundlichen Modellen flexibler Arbeitszeit. Die wohnungspolitischen Hilfen für Familien, besonders mit mehreren Kindern, vor allem in Ballungsgebieten und in den neuen Bundesländern müßten aufgrund des extrem angestiegenen Mietpreinsniveaus dringend verbessert werden. Angesichts der zunehmen-

den *Armut* bei vielen Familien mit Kindern weist das ZdK darauf hin, Familien-, Arbeits- und Sozialpolitik sollten so fortentwickelt werden, daß Familien gar nicht erst in die Lage gerieten, auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Die Erklärung macht auch auf die hohe Bedeutung der *Bildungspolitik* aufmerksam: Im Mittelpunkt schulischen Unterrichts müsse die umfassende Förderung der Persönlichkeit der Kinder und Jugendlichen stehen.

Zentralrat des Deutschen Caritasverbandes bilanziert Arbeit in den neuen Bundesländern

Von einer erheblichen Umstellung der Caritasarbeit im Osten nach der Vereinigung sprach der Caritasdirektor von Thüringen, *Peter Hostombe*, anläßlich der Zentralratssitzung des Deutschen Caritasverbandes Anfang Mai in Dresden, bei der eine Zwischenbilanz der Caritasarbeit im geeinten Deutschland gezogen wurde. Vor völlig neuen Herausforderungen sei die Caritas in den neuen Bundesländern durch die Aufgaben in der ambulanten Hilfe und Beratungstätigkeit – die stationären Einrichtungen seien auch im alten System erhalten geblieben – gestellt. Dies betreffe vorwiegend Sozialstationen, Alkoholiker- und Suchtberatungsstellen, Beratungsstellen für Aussiedler und Asylbewerber und Schwangerschaftsberatungsstellen. Im Zeitraum von Oktober 1990 bis zum März dieses Jahres wurden in den neuen Bundesländern und im Ostteil von Berlin 67 Sozialstationen und 29 Schwangerschaftsberatungsstellen neu eingerichtet. Jedoch sei insgesamt zu beachten, daß bei nur etwa fünf Prozent Katholiken in den neuen Bundesländern eine *flächendeckende*

Arbeit nicht möglich sei. Es könnten nur *zeichenhaft* an bestimmten Stellen Aufgaben übernommen werden. Ein großer Nachholbedarf bestehe vor allem auch im Baubestand der caritativen Einrichtungen. Der Caritasdirektor forderte für Krankenhäuser, Altersheime, Pflegeeinrichtungen sowie für katholische Kindergärten ein Bundesländer-Programm, damit in fünf bis acht Jahren der Standard der alten Bundesländer erreicht werden könne.

Treffen zwischen einer Delegation der russisch-orthodoxen Kirche und Vertretern der Deutschen Bischofskonferenz

Zum dritten Mal kam es im vergangenen Monat zu einer Begegnung zwischen einer Delegation des Moskauer Patriarchates unter der Leitung des Minsker Metropoliten Filaret und Vertretern der Deutschen Bischofskonferenz, denen Kardinal *Friedrich Wetter* vorstand. Im Februar 1988 hatte eine russisch-orthodoxe Delegation, auch unter der Leitung Filarets, der gleichzeitig das kirchliche Außenamt des russisch-orthodoxen Patriarchates leitet (vgl. HK, März 1988, 154 f.), den Besuch einer deutschen Bischofsdelegation in der ehemaligen Sowjetunion im Juni 1986 erwidert (vgl. HK, Juli 1986, 343). Ein gemeinsames Kommuniqué am Ende des jetzigen Treffens in Altötting unterstreicht das Recht der Völker auf Selbstbestimmung. Dieses Rechte müsse zum Fundament der neuen europäischen Gemeinsamkeit werden. Die Achtung der Rechte anderer Völker müsse dabei ebenso selbstverständlich gewährleistet sein wie die der nationalen Minderheiten. Weiter beklagen die Vertreter beider Kirchen jahrzehntelange Versäumnisse in der Schaffung einer gerechten Ordnung des Zusammenlebens von Völkern und Minderheiten in Europa, die bittere Folgen hätten und die Kirche zu ihrem friedensstiftenden Dienst besonders herausforderten. Dazu betont das Kommuniqué, die Kirchen dürften nicht die Augen davor verschließen, „daß nicht wenige der neu aufgebrochenen ethnischen Konflikte in Europa durch religiöse Gegensätze und unterschiedliche Traditionen verschärft werden“. Auch bei dieser Begegnung wurde die *Belastung des ökumenischen Dialogs* durch die mit Rom unierten Ostkirchen angesprochen, zugleich aber *Dialogbereitschaft* auf beiden Seiten bekräftigt. Kardinal Wetter bezeichnete in diesem Zusammenhang den bei der Begegnung anwesenden Apostolischen Administrator von Moskau, Erzbischof *Tadeusz Kondrusiewicz*, als „lebendiges Bindeglied“ zwischen den Delegationen. Nach dessen Ernennung im Mai 1991 hatte das Patriarchat massive Vorwürfe gegen Rom erhoben.

Der dritte Entwurf des Frauenhirtenbriefs der US-Bischöfe wurde veröffentlicht

Vier Jahre nach der ersten (vgl. HK, Juni 1988, 267 ff.) und zwei Jahre nach der zweiten Fassung (vgl. HK, Mai 1990, 207 ff.) veröffentlichte eine Ad-hoc-Kommission der US-Bischofskonferenz die dritte Fassung des US-Frauenhir-

tenbriefs (Wortlaut in: *Origins*, 23.4.92, 761 ff.). Er soll von der Konferenz auf ihrem Treffen im Juni in der *University of Notre Dame* in South Bend (Indiana) beraten und möglicherweise auf der Vollversammlung im November in der dann vierten und letzten Fassung verabschiedet werden. Ob es jedoch zu dieser Verabschiedung kommt oder das Dokument nicht als Pastoral schreiben der Bischofskonferenz, sondern lediglich als Erklärung der Bischofskommission verabschiedet wird, ist noch offen. Die sich bereits in der zweiten Fassung abzeichnende Entwicklung, Reformvorhaben in bezug auf eine breitere Beteiligung von Frauen auch an kirchlichen Ämtern immer mehr abzuschwächen oder ganz herauszunehmen, hat sich jedenfalls in der dritten Fassung weiter fortgesetzt. Zur Frage des *Diakonats der Frau* enthält der Text nur mehr den Hinweis, es bedürfe in dieser Frage eines „fortgesetzten Dialogs und weiterer Reflexionen“. In bezug auf das *Priesteramt* betont sie nur mehr die „ungebrochene Tradition der Kirche im Westen und Osten“. Im übrigen wird empfohlen, die Unterscheidung von allgemeinem und besonderem Priestertum weiter zu vertiefen, damit verbunden die Unterscheidung von *Jurisdiktionsgewalt* (an der auch Laien ein Anteil haben können) und *Weihegewalt*. Die im zweiten Entwurf enthaltene Ermutigung der Frauen, an allen *liturgischen Diensten* teilzunehmen, die keiner Weihe bedürfen, fehlt jetzt. Entfallen sind auch die Aufforderung zur Auseinandersetzung mit dem „christlichen *Feminismus*“ und Zitate von Frauen, die im Rahmen einer Reihe von Treffen die kirchenamtliche Haltung in diesen und anderen Fragen kommentierten. Alles in allem sind – was die kirchlich-theologische Problematik angeht – die Folgen der im vergangenen Frühjahr in Rom abgehaltenen Konsultation (vgl. HK, Juli 1991, 229) deutlich zu spüren. Verschiedene Bischöfe drückten bereits ihre große Unzufriedenheit mit dieser Fassung aus. Eine Vertreterin der „Women's Ordination Conference“ sprach von einer „Kapitulation“ gegenüber Rom.

Mehrere katholische Bischofskonferenzen Afrikas äußerten sich zur politischen Lage ihrer Länder

Dem Versuch von Präsident *Mobutu*, die politische Erneuerung seines Landes durch eine Nationalkonferenz abzurechnen, nahmen die *zairischen Bischöfe* zum Anlaß, sich deutlich für die Fortsetzung der Arbeit dieser Konferenz einzusetzen. In ihrer Erklärung „Für einen neuen Entwurf der zairischen Gesellschaft“ vom 27. Januar 1992 (Wortlaut in: *Weltkirche* 3/1992, 75 ff.) wiesen die Bischöfe darauf hin, daß es für das Streben nach einem neuen nationalen Konsens notwendig sei, „den Rahmen der üblichen Institutionen zu überschreiten, der sich . . . als zu eingengt und sichtlich unwirksam erweist“. Nach Ansicht der meisten Zairer sei der Gesellschaftsentwurf der II. Republik gescheitert. Die Maßnahme der Regierung, die Arbeit der Nationalkonferenz auszusetzen, halte man für „einseitig und ungerecht“. Dasselbe Ziel hatte auch ein Protestmarsch Anfang des Jahres, der jedoch

unter Einsatz des Militärs blutig aufgelöst wurde. Anfang April konnte die Nationalkonferenz ihre Arbeit wieder aufnehmen. Zum Präsidenten des Büros der Nationalkonferenz wurde der Erzbischof von Kisangani, *Laurent Monsengwo Pasinya*, gewählt, der die Aufgabe bisher bereits kommissarisch versah. – Mit einer vielbeachteten Erklärung vom 22. März zur politischen Lage des Landes meldeten sich auch die *Bischöfe Kenias* zu Wort (Wortlaut in: *Weltkirche*, 3/1992, 71 ff.).

Sie äußerten darin den Verdacht, daß die innenpolitischen Unruhen der letzten Zeit nicht – wie dies z.T. dargestellt worden sei – letztlich Stammesauseinandersetzungen ge-

wesen seien, sondern Teil einer „größer angelegten politischen Strategie“. Offiziell werde die Lage dargestellt als „deutliches Zeichen für das Scheitern des Mehrparteiensystems“ Kenias, in Wirklichkeit handele es sich jedoch um eine „künstlich erzeugte Katastrophe“. Die Bischöfe forderten die Regierung auf, „jene Politiker zu verhaften und vor Gericht anzuklagen, die durch unverantwortliche Äußerungen und Handlungen in der Öffentlichkeit der Unruhe Nahrung gegeben haben“. Die Tatsache sei zu akzeptieren, daß Kenia ein Mehrparteiensstaat sei: „Jeder Bürger dieses Landes hat ein unveräußerliches Recht darauf, sich jeder Partei seiner Wahl anzuschließen . . .“

Bücher

JÜRGEN WERBICK, **Vom entscheidend und unter-scheidend Christlichen**. Patmos Verlag, Düsseldorf 1992. 174 S. 28,80 DM.

Eine Antwort auf die angesichts des gegenwärtigen weltanschaulichen Pluralismus und der umfassenden Relevanzkrise von Glauben und Kirche drängende Frage nach der Identität des Christlichen versucht Werbick in drei Stufen. Zunächst setzt er sich mit der fundamentalistischen Versuchung auseinander, dem angesichts vieler Unsicherheiten naheliegenden Bemühen, die Identität des Christlichen an einem unveränderlichen, durch uninterfragbare Offenbarungsautorität garantierten Komplex von Texten, Wahrheiten und Normen festzumachen. Demgegenüber macht Werbick überzeugend deutlich, daß christliche Identität als Weg bestimmt werden muß: Der Logos des Glaubens will „nicht besessen oder als Glaubensgesetz in Kraft gesetzt, sondern ergründet und ‚ausprobiert‘, beim Suchen und Gehen des Weges je neu verstanden und entdeckt werden“ (S. 72). Der zweite Schwerpunkt des Buches liegt bei der Frage nach dem christlichen Wahrheitsanspruch im Kontext des religiösen Pluralismus. Werbick sucht hier einen Weg jenseits der schlechten Alternative, den christlichen Glauben völlig gegen die Wege und Antworten anderer Religionen abzuschotten oder ihn aber als ergänzungsbedürftiges Teilelement eines religiösen Ganzen einzuebnen. Sein Lösungsvorschlag: Das christliche Ja zur Selbsterschließung Gottes in Jesus von Nazaret darf es sich mit dem Nein zu anderen Religionen nicht zu einfach machen, sondern kann es dem weiteren Gang der Auseinandersetzung überlassen, ob wirklich kontradiktorische Gegensätze im Gottes- und Heilsverständnis vorliegen oder nicht: „Die Entscheidung . . ., wann das ‚Nein‘ um der Bestimmtheit und Verbindlichkeit unseres Ja willen unumgänglich geworden ist, wäre in gemeinschaftlicher ehrlicher Prüfung anhand der Frage zu treffen, ob und wo die Identität des Christlichen wirklich auf dem Spiel steht“ (S. 103). Der letzte Hauptteil skizziert unter dem Titel „Was den Weg in den Spuren Jesu Christi kennzeichnet“ die Grund-

inhalte des christlichen Glaubens, ohne dabei bei der Wiederholung überlieferter Sprachformen stehenzubleiben. Als Beitrag zu einer redlichen und gesprächsoffenen christlichen Selbstvergewisserung ist das Buch sehr zu empfehlen.

U. R.

LEO KARRER, **Katholische Kirche Schweiz**. Der schwierige Weg in die Zukunft. Universitätsverlag/Paulusverlag, Freiburg i. Ue. 1991. 503 S. 58,- DM.

Eine allgemeine Charakterisierung dieses in das Leben der katholischen Kirche in der deutschsprachigen Schweiz einführenden Buches ist gar nicht so einfach: Um eine nationale Kirchengeschichte handelt es sich nicht – auch wenn viel Kirchengeschichtliches einfließt. Um eine schweizerorientierte Kirchen- oder Religionssoziologie ebensowenig – obwohl manches Kapitel ohne den entsprechenden Forschungshintergrund nicht denkbar wäre. In vielem hat das Buch selbst weit über die Schweiz hinaus Bestand – dafür sind die pastoralen Verhältnisse in den deutschsprachigen Bistümern der Schweiz denen in Deutschland und Österreich viel zu verwandt. Alles in allem ist daraus eine nicht zuerst institutionen-, sondern praxisorientierte Darstellung der „Kirche Schweiz“ geworden. Im ersten Teil geht es – aufgeteilt in eine „horizontale“ und eine „vertikale“ Betrachtungsweise – um die spezifischen schweizerischen Eigentümlichkeiten kirchlichen Lebens. In einem zweiten Teil wird unter dem Stichwort „Kirche als solidarische Hoffnungsgemeinschaft“ eine Krieteriologie kirchlichen Handelns aufgezeigt. Im dritten, dem umfangreichsten Teil des Buches, geht Karrer verschiedenen Teilgebieten pastoral-kirchlichen Handelns nach. Enthalten ist auch sein bereits zu einem früheren Zeitpunkt gemachter Vorschlag einer „Tagsatzung“ der Schweizer Katholiken. Seit der Synode 72 und den beiden Pastoralforen von Einsiedeln und Lugano sucht die katholische Kirche der Schweiz immer noch nach einer angemessenen institutionalisierten Form der Kommunikation und des innerkirchlichen Dialogs. In den 70er